

Antworten des Landesverbandes DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine des Studentenwerks Potsdam und des Studentenwerks Frankfurt (Oder)

1. Was wird Ihre Partei tun, damit Studierendenwerke (StWs) auch weiterhin ein geeignetes Instrument zur Ausgestaltung der sozialen Infrastruktur an den Hochschulen Brandenburgs bleiben?

Die Studierendenwerke sind aus Sicht der Linken Brandenburg ein zentraler Partner des Landes bei der Gestaltung der sozialen Rahmenbedingungen des Studiums. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass sie bei ihren Aufgaben bestmöglich organisatorisch und finanziell unterstützt werden. In der vergangenen Legislatur lag es nicht selten an der Linksfraktion, die Studierendenwerke in hochschulpolitische Debatten im Landtag einzubeziehen und für die Studierendenwerke des Landes Partei zu ergreifen. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die Anliegen der Studierenden bestmöglich durch die Studierendenwerke vertreten werden. Hierfür zählt für uns eine auskömmliche Finanzierung, die an die realen Bedarfe und gestiegenen Kosten anzupassen ist und ein Investitionsprogramm zur Sanierung und Neuerrichtung von Studierendenwohnheimen und Mensen. Einen Verkauf von landeseigenen Liegenschaften an private Investoren wird es mit uns nicht geben. Darüber hinaus werden wir die Zuständigkeit der Studierendenwerke für den Betrieb und die Instandhaltung der Mensen einheitlich und unter Einbeziehung der Studierendenwerke regeln.

2. Die beiden StWs finanzieren sich: 1. aus eigenen Umsätzen (Mieten + Hochschulgastronomie). Diese werden regelmäßig angepasst, 2. Studierendenwerksbeiträgen (zuletzt deutlich angehoben) sowie 3. die jährliche Finanzhilfe des Landes. Letztere wurde seit mehr als einem Jahrzehnt nicht erhöht. Wie möchten Sie die Finanzierung der StWs sichern, ohne die Studierenden übermäßig finanziell zu belasten?

Wir wollen einen Preis-Stopp in Mensen und Wohnheimen: Mit Hilfe der Landesförderung wollen wir die Preise in den Mensen und Wohnheimen stabilisieren und weitere Erhöhungen, inklusive der Semesterbeiträge für die Studierendenwerke verhindern. Um eine weitere finanzielle Belastung der Studierenden zu vermeiden, ist für uns eine Erhöhung der finanziellen Hilfen des Landes unerlässlich. Hierfür werden wir uns bei den Haushaltsverhandlungen einsetzen. Studierende sind durch Preissteigerung in allen Lebensbereichen ohnehin stark belastet und sollten nicht die fehlende Unterstützung des Landes kompensieren müssen. Gleichzeitig wissen wir, dass die Studierendenwerke mit massiven Kostensteigerungen konfrontiert sind – in der Energieversorgung, bei den Lebensmittel- und Baukosten. Um ihrem sozialen Auftrag weiterhin nachkommen zu können, muss das Land unterstützen.

3. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, damit die soziale studentische Infrastruktur (v.a. Wohnen und Beratung) im Zuge der Internationalisierung der Hochschulen auch der wachsenden Anzahl von Studierenden aus dem Ausland gerecht wird?

Wir sind der Überzeugung, dass ein Aufwuchs der Mittel für die Studierendenwerke allen Studierenden zugutekommt. Um das Angebot für die wachsende Zahl der Studierenden aus dem Ausland zu verbessern, möchten wir gemeinsam mit den Studentenwerken analysieren, welche konkreten Bedarfe bestehen, um daraus anschließend die Angebote weiterzuentwickeln. Denkbar wäre beispielsweise eine Finanzierung des Landes von Quartiersmanager:innen in den Studierendenwohnheimen. Sie würden allen Studierenden das Ankommen an der Hochschule erleichtern, können bei Unterstützungsbedarf helfen und soziale bzw. kulturelle Angebote initiieren.

4. Wie werden Sie die Einrichtung der sozialen Infrastruktur für die neu gegründete Medizinische Universität Lausitz unterstützen?

Ein erster Schritt für einen erfolgreichen Aufbau der sozialen Infrastruktur der neugegründeten Medizinischen Universität Lausitz – Carl Thiem ist eine engmaschige Einbeziehung des Studierendenwerks Ostbrandenburg in die Planung. Dass die Landesregierung es versäumt hat, im Brandenburgischen

Universitätsmedizingesetz die soziale Infrastruktur und die Zuständigkeit des Studierendenwerkes Ostbrandenburg hierfür festzuhalten, ist für uns ein großes Manko. Die Rechtssicherheit der Studierendenwerke ist für uns ein wichtiges Anliegen. Im Entschließungsantrag zum Gesetz haben wir zudem vorgeschlagen, eine Task Force „(Sozial)Infrastruktur“ unter Einbeziehung des Studierendenwerkes und der Brandenburgischen Studierendenvertretung aufzubauen, mit dem Ziel ein Maßnahmenpaket zur Umfeldentwicklung der MUL vorzulegen (Drucksache 7/9814). Sowohl die Wohnraum- und die Mensa- bzw. Cafeterien-Versorgung als auch die Verkehrsinfrastruktur und die (selbstverwalteten, studentischen) Kulturangebote müssen aus unserer Sicht in den Blick genommen werden, um den Studienstandort attraktiv zu entwickeln und zum Erfolg werden zu lassen. An dieser Position werden wir auch in der kommenden Legislatur festhalten. Wichtig ist uns eine mit allen Akteuren abgestimmte Strategie zur langfristigen Entwicklung aller Hochschulstandorte in der Lausitz.

5. Wie können Sie dafür sorgen, dass Mittel und Expertise für die umfängliche Digitalisierung der Antrags- und Bearbeitungsprozesse bereitgestellt werden (Stichwort e-Akte)?

Die Digitalisierung ist aus unserer Sicht eine Aufgabe, die das Land nicht nur für seine unmittelbaren Einrichtungen hat, sondern auch die Anstalten des öffentlichen Rechts umfasst, die wichtige Landesaufgaben übernehmen. Die Studierendenwerke gehören zweifellos zu diesen Einrichtungen und müssen daher finanziell unterstützt werden.

6. Wie beabsichtigt Ihre Partei dafür zu sorgen, dass in den Hochschulstädten mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht (Neubau) bzw. dieser erhalten bleibt (Sanierung)? Wie soll die im aktuellen Koalitionsvertrag angestrebte Versorgungsquote von 20 % für alle Hochschulstandorte erreicht werden?

7. Es ist den Studentenwerken in Brandenburg bislang nicht möglich, Fördermittel aus dem Bundesprogramm "Junges Wohnen" zu akquirieren. Es fehlt an einer für die Studentenwerke passenden Förderrichtlinie, die es in anderen Bundesländern bereits gibt. In Brandenburg ist dieses Förderprogramm in der allgemeinen sozialen Wohnraumförderung verankert, was es den Studentenwerken bislang unmöglich macht, eine auskömmliche Förderung zu erhalten. Auch Kredite am freien Markt können nicht aufgenommen werden. Wie stehen Sie dazu?

Wohnraum ist eine der drängendsten Fragen für junge Menschen und oft entscheidend für die Wahl des Studienstandortes. Wir sind überzeugt, dass studentischer Wohnraum in der Hand der Studierendenwerke genau richtig ist und das Land durch die Unterstützung der Studierendenwerke hier entscheidend positive Effekte bewirken könnte. Wir stehen voll und ganz hinter der Forderung nach einer eigenen Förderrichtlinie für studentischen Wohnraum. In unserem Antrag „Studierende brauchen Wohnraum!“ (Drucksache 7/9082) in der vergangenen Legislaturperiode haben wir die Landesregierung dazu aufgefordert, eine eigenständige Förderrichtlinie für den Bau und die Sanierung von studentischem Wohnraum durch die Studierendenwerke zu erarbeiten. Um die Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen zu erhöhen, haben wir ebenfalls vorgeschlagen, dass das Land gemeinsam mit den betreffenden Kommunen und den Studierendenwerken nach geeigneten Flächen für den Neubau weiterer Wohnheime sucht und diese ggf. in öffentliche Hand überführt. Wir werden auch nach der Landtagswahl 2024 nicht hinter dieser Forderung zurückfallen und wollen für die Sanierung und den Neubau ein Investitionsprogramm auf den Weg bringen. Die Aufnahme von Krediten am freien Markt durch die Studierendenwerke wollen wir ermöglichen.

8. Sanierungsstau und ungeklärte Zuständigkeiten sorgen dafür, dass der Mensabetrieb gefährdet ist und wir als Nutzer der Räumlichkeiten unseren sozialen Auftrag nicht mehr erfüllen können. Aktuell müssen die Hochschulen den Sanierungsbedarf beim MWFK anmelden. Der Sanierungsbedarf in den Mensen konkurriert dann mit dem Sanierungsbedarf im Lehr- und Forschungsbetrieb. Wie möchten Sie dieses Problem angehen?

Das auf unsere Initiative durchgeführte Fachgespräch „Sanierungsstau und Bauvorhaben an den Brandenburger Hochschulen“ im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Brandenburger

Landtages am 14. November 2023 hat diese Problemlage und den Handlungsdruck überaus anschaulich verdeutlicht. Zunächst ist es uns ein Anliegen, die Frage der Zuständigkeit unter Einbeziehung der Studierendenwerke und Hochschulen zu lösen und die vertraglichen Grundlagen für die Nutzung der Gebäude und den Betrieb der Mensen zu vereinheitlichen. In einem weiteren Schritt ist gemeinsam ein besser geeignetes Verfahren zu entwickeln, um eine Konkurrenz um Mittel bzw. die Priorisierung der Bauvorhaben zu vermeiden. Wir stehen verschiedenen Lösungsstrategien, die eine klare Regelung und Verpflichtung von Land und Hochschulen für diesen wichtigen Bereich des Hochschulbaus regeln, offen gegenüber – sei es beispielsweise durch eine separate Anmeldung der Bau- und Sanierungsvorhaben für die Bereich der Studierendenwerke oder eine quotierte Regelung. Ein Lösungsansatz wäre es aus unserer Sicht auch, den Studierendenwerken für die Bewirtschaftung der Gebäude, ihren Erhalt und die Sanierung einen eigenen und hinreichend ausgestatteten Haushaltstitel zuzuweisen. In jedem Fall zeigt der fortgeschrittene Sanierungstau den dringenden Handlungsbedarf und muss im Hochschulbereich in der kommenden Legislatur priorisiert angegangen werden. Einen ersten Vorschlag für ein „Landesprogramm Hochschulbau“ haben wir in der vergangenen Legislatur durch einen Antrag an den Landtag unterbreitet (Drucksache 7/8855).

9. Wie positionieren Sie sich zu dem Fakt, dass die zahlreichen Mitarbeitenden der Hochschulen bei der Preisgestaltung in den Mensen den Landesbediensteten schlechter gestellt sind (Landesvorgabe, dass Hochschulbedienstete den Gästepreis zahlen müssen und es keine eigene Preiskategorie geben darf)?

Wir sind der Auffassung, dass das Gutachten des Landesrechnungshofes und der daraus resultierende Beschluss des Landtages ein Fehler gewesen sind. Denn natürlich haben die Studierendenwerke einen sozialen Versorgungsauftrag für die Studierenden, rein faktisch übernehmen sie allerdings an vielen Orten auch die Funktion einer Landeskantine für die Angestellten des Landes. Und dazu gehören insbesondere die Mitarbeiter:innen der Hochschulen. Sie gleich zu behandeln mit externen Gästen, ist falsch. Denn auch für sie sollte das Land die Verantwortung übernehmen. Zudem ist ein gemeinsames Mittagessen wichtig für die Hochschulangehörigen und kann den Kontakt untereinander stärken. Eine Dreiteilung der Essenspreise in vollständig kostendeckende Preise für Externe, leichte Subventionen für Angestellte des Landes und besonders günstige Angebote für Studierende wäre unserer Meinung nach die beste Variante

10. Welche Bedeutung misst Ihre Partei der verlässlichen und nachhaltigen Finanzierung sozialer Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei (Sozialberatung, psychosoziale Beratung, Jobvermittlung, Kinderbetreuungsangebote)?

Eine verlässliche und nachhaltige Finanzierung derartiger Leistungen durch die Studierendenwerke ist dringend abzusichern. Studierende sind in der aktuellen krisenbetroffenen Zeit enormen finanziellen und psychischen Belastungen ausgesetzt, und das oftmals in sehr jungem Alter. Die Studienrealität ist heute weit von den Klischees einer unbeschwerten Studienzeit entfernt, dennoch erhalten Studierende wenig Verständnis für ihre Situation. Wir sind der Überzeugung, dass die Studierendenwerke mit ihrer speziellen Expertise eine ideale Anlaufstelle für Studierende bilden, um sie bei ihren oftmals komplexen Problemen zu beraten. Neben der Verbesserung der materiellen Basis der Studierenden, beispielsweise durch die Verbesserung der Wohnraumsituation und der Abschaffung von Gebühren, ist das Beratungsangebot der Studierendenwerke ein wichtiger Baustein, um möglichst viele Studierende zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen. Auch diese Begleitung durch das Studium ist für uns ein Aspekt von Bildungsgerechtigkeit und sollte eine entsprechende finanzielle Unterstützung erfahren, um den Studienstandort Brandenburg attraktiv zu machen und Studierende nach dem Abschluss in den Regionen zu halten.